

nen Argumenten und starken nicht rationalen Mentalitäten behaupten. Aber das damals verbreitete Wissen über den Zusammenhang von politischer Freiheit und ökonomischer Macht genügte in zweifacher Hinsicht nicht, um eine Politik der Minimierung von Macht real einzuleiten. Zwei wichtige Voraussetzung sind hierzu nötig: erstens muss eine solche Politik auf einer Grundsatzentscheidung beruhen, die dann gesetzlich, das heißt in der Verfassung des Staates, verankert wird; zweitens muss praktisches und theoretisches Wissen erworben und gesammelt werden, mit welchen wirtschaftspolitischen oder juristischen Mitteln die erwünschte Beschränkung der Macht zu verwirklichen sei.

Während die Antiföderalisten zu einem großen Teil an einer Minimierung der Macht interessiert waren, sie jedoch vor der Schwierigkeit standen, sich das dazu notwendige Wissen zu verschaffen, fehlte es bei den Föderalisten schon am Willen zu einer solchen Begrenzung von Macht. Ihr Wissen über die Verflechtung von politischen und ökonomischen Interessen, das sie mit ihren Gegnern teilten, nutzten sie, um es gegen eine Demokratisierung der Gesellschaft zu wenden. Da die Föderalisten die Konzentration von Eigentum für eine Art Naturgesetz hielten, folgerten sie, im Sinne der oben zitierten Analyse Harringtons, dass die Etablierung einer auf dem allgemeinen Wahlrecht gründenden Demokratie in den USA gegen ebendieses Naturgesetz verstoße.² Sie wünschten beileibe keine Diktatur. Aber eine minimalisierte Demokratie nach dem Vorbild Englands, die wiederum Paine für eine besonders perfide Art der Tyrannei hielt, war ihnen gerade recht.

Dass es trotz des allgemein verbreiteten Wissens über die Gefährdung der Demokratie durch die Konzentration von Eigentum nicht zum Durchbruch einer Politik der Machtminimierung kam, hängt mit den freiheitsfeindlichen Positionen zusammen, die der anti-kapitalistische Regionalismus und der pro-kapitalistische Zentralismus in den Vereinigten Staaten, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung, seit mehr als zwei Jahrhunderten teilen.

6.2 Monopolistisches Denken und Konservatismus bei John Adams und Alexander Hamilton

Die heutige Wachstumsideologie in den USA ist eine modifizierte, besser gesagt modernisierte Form des ökonomischen Denkens der Föderalisten. Schon Mitte der

2 Zur Diskussion über die Frage, ob das Wahlrecht nur solchen Bürgern zukomme, die über Eigentum verfügen, oder ob es allen Bürgern gleichermaßen zukomme siehe Willi Paul Adams: *Republikanismus und die ersten amerikanischen Einzelstaatsverfassungen. Zur ideengeschichtlichen und verfassungsgeschichtlichen Komponente der Amerikanischen Revolution, 1775–1780*, Phil. Diss., Berlin 1968, Abschnitt 4 *Argumente für Mindestbesitzklauseln*, S. 365–381, Abschnitt 5 *Argumente gegen Besitzqualifikationen*, S. 382–392.

1940er Jahre schrieb der seinerzeit auch außerhalb akademischer Zirkel bekannte amerikanische Politologe und Historiker Wilfred E. Binkley (1883–1965):

»Das begeisterte Lob, das Hamiltons *Berichten* von konservativen Historikern gezollt worden ist, hat ihnen etwas von der Unfehlbarkeit einer heiligen Schrift verliehen. Doch leider ist dadurch die Tatsache verdunkelt worden, daß in ihnen, vielleicht unbewußt, die Interessen der Föderalisten zum Ausdruck kommen. Es bedeutet keine Herabsetzung, wenn man behauptet, sie seien hochgradige Propaganda. Hamiltons finanzielle Dogmen haben die öffentliche Meinung Amerikas so vollkommen erobert, daß sie dem Durchschnittsamerikaner von heute wie die selbstverständlichen Grundsätze einer gesunden Finanzwirtschaft und nicht wie Streitfragen für Debatten vorkommen.«³

Mit den bei Binkley genannten *Berichten* ist vor allem der *First Report on the Public Credit* gemeint. Dieses Dokument wurde dem Repräsentantenhaus von Hamilton Anfang 1790 vorgelegt; es betraf die durch den Unabhängigkeitskrieg entstandenen, außerordentlich hohen Verbindlichkeiten der jungen USA. Während Jefferson für eine rasche Tilgung der In- und Auslandsschulden plädierte, hielt Hamilton Verbindlichkeiten seitens des Staates für eine Notwendigkeit, um das Wachstum der Wirtschaft zu sichern. Diese Verteidigung des Wachstums ist aus zahllosen Konflikten bis in unsere Tage bekannt. Wer sich dem Wachstumsdenken entgegenstellt, wird von den Trägern ökonomischer und politischer Macht sogleich als innovations- und modernitätsfeindlich gebrandmarkt. Und umgekehrt behaupten die Kritiker, wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik sei technokratisch und fortschrittsgläubig.

Die Geschichte freilich lehrt, dass die geläufige Kritik des Wachstumsdenkens den Kern der seit zweieinhalb Jahrhunderten wirksamen Ursachen des Monopolismus verfehlt. Es mag erstaunen, aber das Wachstumsdenken war in den Anfängen der USA kaum von Fortschrittsoptimismus geprägt; es war vor allem auf technische Lösungen von Problemen gerichtet. Viel präsenter als ein Fortschrittsoptimismus war im Wachstumsdenken ein Geschichtspessimismus und Anti-Konstruktivismus. Zu viele bezweifelten, dass die Schaffung freiheitlicher gesellschaftlicher Rahmenbedingungen möglich sein könnte. Diese Haltung war entscheidend dafür, dass das Wachstumsdenken den Weg der »fortschrittlichen« Industrialisierung einschlagen konnte. Umgekehrt war die Orientierung an einer Idee von Fortschritt durch Sozialtechnologie prägend für die Starkliberalen, den ersten Gegnern des Wachstumsdenkens.

3 Wilfred E. Binkley: *Politisches Leben in Amerika. Die Entwicklung der politischen Parteien Amerikas von den Anfängen bis zur Gegenwart*, 1943, Wiesbaden 1947, S. 37. Zur Bedeutung der finanzpolitischen Kontroverse zwischen Hamilton und Jefferson siehe zuletzt Michael Hochgeschwender, wie Anm. 29 Kap. 5, S. 389–393.

Die Föderalisten glaubten an die naturwüchsige Entfaltung der Produktivkräfte wie an die naturwüchsige Entfaltung des Wirtschaftswachstums. Gleichwohl gedachten sie beides, die Produktivkräfte und das Wirtschaftswachstum, administrativ zu steuern. Dieses Denken erinnert an die späteren »Staatssozialisten«. Während die Föderalisten auf dem Feld der Ökonomie der Steuerung das Wort redeten, mochten sie nicht glauben, dass durch die demokratische Steuerung oder Planung politischer Institutionen dauerhafter Fortschritt in Bezug auf die persönliche Freiheit aller Bürger erreicht werden könne. So hatte Hamilton, wie etwa einhundertfünfzig Jahre später auch Friedrich August von Hayek (1899–1992), den liberalen Konstruktivismus als gefährlichen Neuerungsgeist abgetan.

Die Texte Hamiltons durchzieht eine Furcht vor dem Geist der Erneuerung und Erweiterung persönlicher Freiheitsrechte. Die durchgreifende Verwirklichung solcher Rechte war für ihn, den wohl konsequentesten Modernisierer im Sinne der Akkumulation von Kapital, bloß eine unrealistische Utopie; schon die öffentliche Kontroverse um differente politische Ziele war seiner Meinung nach fast gleichbedeutend mit Anarchie und Chaos. Eine »Ordnung der Freiheit« musste daher für ihn wie für viele andere Föderalisten ein Widerspruch in sich selbst sein. Ordnung sollte und konnte – aus ihrer Sicht – nur auf Kosten der Freiheit hergestellt werden. 1796 schrieb Hamilton in den Notizen für eine Ansprache, die George Washington zum Ende seiner zweiten Amtszeit als Präsident halten würde:

»The basis of our political systems is the right of the people to make and to alter their constitutions of government. But the Constitution for the time, and until changed by an explicit and authentic act of the whole people, is sacredly binding upon all. The very idea of the right and power of the people to establish government presupposes the duty of every individual to obey the established government. All obstructions to the execution of the laws – all combinations and associations under whatever plausible character, with the real design to counteract, control, or awe the regular action of the constituted authorities, are contrary to this fundamental principal, and of the most fatal tendency. They serve to organize faction, and to put in the stead of the delegated will of the whole nation the will of a party, often a small minority of the whole community; and according to the alternate triumph of different parties to make the public administration reflect the schemes and projects of faction rather than the wholesome plans of common councils and deliberations. [...] Towards the preservation of your government and the permanency of your present happy state, it is not only requisite that you steadily discountenance irregular oppositions to its authority, but that you should be upon your guard against the spirit of innovation upon its principles, however specious the pretexts.«⁴

4 Alexander Hamilton: *Farewell Address. Abstract of Points to Form an Address*, 1796, in: Henry Cabot Lodge (Hg.): *The Works of Alexander Hamilton*, Bd. VII, New York und London 1886,

Hamiltons Furcht vor dem Aufruhr der Bürger, die er mit Argumenten wie von Locke begründete, kam Jahre später noch einmal zum Ausdruck, als er schrieb:

»Men are rather reasoning than reasonable animals, for the most part governed by the impulse of passion.«⁵

Die Starkliberalen hingegen entlarvten die angeblich naturnotwendige Akkumulation des Kapitals als das Resultat staatlicher Planung, freilich einer primär an partikularen Interessen orientierten Planung. Diese Avantgarde der individualistischen Moderne war davon überzeugt, dass sich Bedingungen der Entmachtung auf politischem Wege, das heißt mit der Hilfe allseitiger Demokratie, genauso planen ließen wie Bedingungen der Vermächtung durch autoritäre Herrschaft und halbierte Demokratie. Die Hoffnung auf gesellschaftlichen Fortschritt im Sinne der Menschenrechte war die säkulare Religion eines Paine und seiner Mitstreiter.⁶

Fortschrittsfeindlichkeit in Bezug auf individuelle Freiheiten und antitechnisches Tugenddenken zur Sicherung einer stabilen Herrschaftsordnung – diese Haltungen kennzeichnen sowohl die pro-kapitalistischen Zentralisten als auch die anti-kapitalistischen Regionalisten. In beiden Lagern kursierte die Idee von einem Kreislauf der Ordnungen. Sie basiert auf der griechisch-antiken Vorstellung, dass es letzten Endes keine Chance gibt, dem ewigen Auf und Ab der Verfassungen zu entkommen.⁷ Föderalisten wie Adams und Hamilton meinten, die Demokratie in den Vereinigten Staaten müsse früher oder später ersetzt werden, weil sich das Eigentum, und zwar geschichtlich notwendig, in solcher Weise konzentrieren werde, dass nur

S. 137–169, Zitat S. 155f. Zu Inhalt und Bedeutung der *Farewell Address* siehe Walter Gerhard: *Das politische System Alexander Hamiltons 1789–1804* (= Adolf Rein, Hg.: *Übersee-Geschichte. Eine Schriftenfolge*, Bd. 4), Hamburg 1929, S. 110–112.

5 Alexander Hamilton: *Brief an James A. Bayard*, April 1802, in: Henry Cabot Lodge (Hg.): *The Works of Alexander Hamilton*, Bd. VIII, New York und London 1886, S. 596–599, Zitat S. 597. Zu Inhalt und Bedeutung des Briefes siehe Walter Gerhard, wie Anm. 4 Kap. 6, S. 119 unten – 121 mittig. Zu den Ideen und Konzepten Hamiltons in Bezug auf Politik und Ökonomie im Allgemeinen siehe Johann Baptist Müller: *Liberalismus und Demokratie. Studien zum Verhältnis von Politik und Wirtschaft im Liberalismus*, Stuttgart 1978, Abschnitt 2 *Alexander Hamilton als Vertreter der amerikanischen interventionistischen Elitendemokratie*, S. 24–39.

6 Zu dieser Hoffnung siehe folgende drei Aufsätze: Thomas Paine: *Agrarian Justice*, 1795, in: Moncure Daniel Conway (Hg.): *The Writings of Thomas Paine*, Bd. III 1791–1804, New York und London 1895, S. 322–344 – Ders.: *Constitutional Reform. To the Citizens of Pennsylvania on the Proposal for Calling a Convention*, 1805, in: Moncure Daniel Conway (Hg.): *The Writings of Thomas Paine*, Bd. IV, New York und London 1896, S. 457–466 – Ders.: *Constitutions, Governments, and Charters*, 1805, in: Moncure Daniel Conway (Hg.): *The Writings of Thomas Paine*, Bd. IV, New York und London 1896, S. 467–469. Bernard Vincents Biographie trägt den Titel *Thomas Paine ou la religion de la liberté*.

7 Wilfried Nippel, wie Anm. 17 Kap. 2, S. 142–158.

das System einer modernisierten Aristokratie die kapitalistische Ordnung und ein moralisches Gleichgewicht garantieren könne. Adams etwa stellte sich die Frage, ob nicht außer den Frauen weitere Teile des Volkes vom Wahlrecht ausgeschlossen werden müssten, da sie ohne Besitz seien:

»Is it not equally true, that men in general, in every society, who are wholly destitute of property, are also too little acquainted with public affairs to form a right judgment, and too dependent upon other men to have a will of their own? If this is a fact, if you give to every man who has no property, a vote, will you not make a fine encouraging provision for corruption, by your fundamental law? Such is the frailty of the human heart, that very few men who have no property, have any judgment of their own. They talk and vote as they are directed by some man of property, who has attached their minds to his interests.«⁸

Schröder schrieb in genau diesem Zusammenhang:

»Deutlich erkennbar ist der Einfluß Harringtons bei John Adams, der die republikanische Regierungsform in Amerika aus der Tatsache herleitete, daß dort der weitaus größte Teil des Grundbesitzes sich in den Händen der breiten Masse des Volkes befand. John Adams hat jedoch bezeichnenderweise die von ihm in der ›Declaration of Rights‹ der Verfassung von Massachusetts besonders emphatisch betonten ›property rights‹ als absolute, von der Gesellschaft nicht zu regulierende Rechte verstanden. Im Gegensatz zu Harrington war er nicht bereit, durch eine gesetzliche Beschränkung von Besitzakkumulation diese sozialökonomische Basis der republikanischen Verfassung auch für die Zukunft zu erhalten. Er meinte vielmehr, Amerika müsse – sobald auch dort eines Tages der Besitz sich in den Händen einiger weniger konzentriert haben würde – die Verfassungen seiner Staaten der englischen Verfassung angleichen.«⁹

Hamilton vertrat eine ganz ähnliche Auffassung wie Adams. In einer Rede vor der Verfassungsgebenden Versammlung der USA, die 1787 in Philadelphia stattfand, äußerte er sich wie folgt:

»In every community where industry is encouraged, there will be a division of it into the few and the many. Hence, seperate interests will arise. There will be debtors and creditors etc. Give all power to the many, they will oppress the few. Give all power to the few, they will oppress the many. Both, therefore, ought to have the power, that each may defend itself against the other. To the want of this

8 John Adams, wie Anm. 1 Kap. 6, S. 376.

9 Hans-Christoph Schröder: *Das Eigentumsproblem in den Auseinandersetzungen um die Verfassung von Massachusetts, 1775–1787*, in: Rudolf Vierhaus (Hg.): *Eigentum und Verfassung. Zur Eigentumsdiskussion im ausgehenden 18. Jahrhundert*, Göttingen 1972, S. 11–67, Zitat S. 46.

check we owe our papermoney instalment laws etc. To the proper adjustment of it the British owe the excellence of their constitution. Their House of Lords is a most noble institution. Having nothing to hope for by a change, and a sufficient interest, by means of their property, in being faithful to the national interest, they form a permanent barrier against every pernicious innovation whether attempted on the part of the Crown or of the Commons.«¹⁰

Indem Adams und Hamilton, und mit ihnen die führenden Köpfe der Föderalisten, die Unausweichlichkeit eines hierarchischen Aufbaus der Vereinigten Staaten beschworen, sprachen sie sich auch gegen einen freien Welthandel aus. Staatliche Instanzen sollten nach Auffassung der Föderalisten nicht die Freiheit der Tauschbedingungen, sondern die Akkumulation von Kapital durch Zölle schützen, sollten Subventionen und Monopolrechte protegieren, damit die amerikanischen Produzenten in die Lage versetzt würden, ihre ausländischen Konkurrenten bei allen Preisen zu unterbieten.¹¹ Zum reibungslosen Funktionieren dieses Interventionismus musste die parlamentarische Kontrolle beschränkt werden. Es wundert daher nicht, dass es in den Diskussionen um die künftige Verfassung der USA von Anfang an Stimmen gab, die nach einem starken Präsidenten und nach einer Legislative riefen, die sich durch eine Verflechtung der Gewalten würde zähmen lassen. Adams schlug sogar vor, den Präsidenten mit der Macht eines Monarchen auszustatten, freilich nicht allein, um die Reichen vor dem Angriff der Armen zu schützen, sondern auch, um der durch den Reichtum hervorgerufenen Korruption eine wirksame Autorität entgegenzusetzen:

»We have so many men of wealth, of ambitious spirits, of intrigue, of luxury and corruption, that incessant factions will disturb our peace without it, and, indeed, there is too much reason to fear, with it. The executive, which ought to be the reservoir of wisdom, as the legislative is of liberty, without this weapon of defence, will be run down like a hare before the hunters.«¹²

-
- 10 Alexander Hamilton: *Speeches in the Federal Convention*, 18. Juni 1787, in: Henry Cabot Lodge (Hg.): *The Works of Alexander Hamilton*, Bd. I, New York und London 1885, S. 361–400, Zitat S. 371.
 - 11 Alexander Hamilton: *Manufactures* (= *Report of the Secretary of the Treasury of the United States on the Subject of Manufactures, Presented to the House of Representatives*), 5. Dezember 1791, in: Henry Cabot Lodge (Hg.): *The Works of Alexander Hamilton*, Bd. III, New York und London 1885, S. 294–416, vor allem S. 364f.
 - 12 John Adams: *Brief an Elbridge Gerry*, 4. November 1779, in: Charles Francis Adams (Hg.), wie Anm. 1 Kap. 6, S. 505–507, Zitat S. 506.